

Rede von Landrat Dr. Kai Zwicker zur Einbringung des Kreishaushaltes 2026 am 18.12.2025

– Es gilt das gesprochene Wort –

Gliederung:

- I – Einleitung**
- II – Wirtschaftliche Situation im Kreis**
- III – Finanzen**
- IV – Handlungsfelder**
- V – Ausblick und Schluss**

I – Einleitung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
auch wir konnten 50 Jahre kommunale Neugliederung feiern. Damit liegt ein besonderes Jahr hinter uns. Fünf Jahrzehnte neuer Kreis Borken stehen für fünf Jahrzehnte gemeinsamer Entwicklung mit unseren 17 Städten und Gemeinden. Dieser Weg war geprägt von Höhen und Tiefen, von wirtschaftlichem Aufschwung, von globalen und nationalen Krisen. In dieser Zeit verlief nicht immer alles reibungslos – aber wir können mit Fug und Recht sagen: Es ging stetig bergauf. Im Westmünsterland lässt es sich sehr gut leben.

Und heute? Die allgemeine Stimmung ist gedrückt. Die Ursachen sind bekannt: Weltweite Krisen beherrschen die Nachrichten und der russische Angriffskrieg mit ungeheurem Leid und Millionen Flüchtlingen tobt mitten in Europa. Die wirtschaftlichen und politischen Folgen spüren wir jeden Tag – ob in der Energieversorgung, bei steigenden Preisen oder in der Sicherheitspolitik, wo uns alle die Frage beschäftigt: Bleiben die USA ein verlässlicher Verbündeter? Hinzu kommen Instabilität im Nahen Osten, die Zollpolitik der USA, die globale Auseinandersetzung zwischen den USA und China und die verbalen Attacken auf die EU. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Blickt man auf die politische Situation in Deutschland, bleibt der Eindruck, die Regierungsparteien in Berlin seien viel mehr mit sich selbst beschäftigt, statt entschlossen zu handeln und drängende Probleme konsequent anzugehen. Der politische Diskurs wird rauer und der Ton schärfer. Insgesamt führt das alles bei den Menschen zu einem Vertrauensverlust und hinterlässt ein Gefühl der Ohnmacht. Sie blicken sorgenvoll in die Zukunft.

Die großen Sorgen und die zunehmende Politisierung führen aber auch zu mehr politischer Beteiligung. Die Wahlbeteiligung war bei der Kommunalwahl so hoch wie seit über 30 Jahren nicht! Die Menschen wollen mitbestimmen, wer vor Ort die Richtung vorgibt und auch, welcher Weg gegangen wird.

Die klare Botschaft und das gegebene Vertrauen durch die letzte Wahl verpflichten uns für die kommenden Jahre zu besonderer Verantwortung. Die Menschen erwarten Entscheidungen, die der Region dienen – und nicht parteipolitische Scharmützel. Die ersten Wochen dieser Wahlperiode und die Konstituierung der Gremien stimmen mich zuversichtlich. Es gibt

Bereitschaft zur Kooperation, zu gemeinsamer Problemlösung und zu einem Stil, der den fairen Umgang miteinander gewährleistet. Genau daran sollten wir anknüpfen.

II – Wirtschaftliche Situation im Kreis

Wir befinden uns im 3. Jahr der Rezession und die Menschen beschäftigt vor allem die Frage nach ihrer Zukunft und der ihrer Kinder! Investitionen in die Zukunft werden aber nur mit Vertrauen und Optimismus geplant.

Der Ausblick auf die kommenden Jahre ist dabei ernüchternd. Die jüngsten Prognosen des ifo-Instituts korrigieren die Erwartungen für 2026 deutlich nach unten: Ein Wirtschaftswachstum von nur noch 0,8 % – und damit 0,5 Prozentpunkte weniger als noch im Herbst angenommen.

Die Ursachen sind bekannt: Deutschland tut sich schwer mit notwendigen Entscheidungen und wichtige Entwicklungen werden durch ein Übermaß an Bürokratie ausgebremst. Während andere große Volkswirtschaften entschlossen investieren, Innovationen fördern und ihre Rahmenbedingungen dynamisch anpassen, gerät unser Land im internationalen Vergleich zunehmend unter Druck. Mit Blick z.B. auf den „Bauturbo“, Erleichterungen bei der Vergabe oder der Sicherheitspolitik sind aber Verbesserungen zu erkennen.

Außerdem: Betrachtet man allein unser Westmünsterland, zeigt sich, dass wir uns trotz der deutschlandweiten Rezession gut behaupten. Die Arbeitslosigkeit bei uns ist mit aktuell 4,3 Prozent weiterhin mit die niedrigste in NRW.

Die niedrige Arbeitslosigkeit hat ihre Gründe auch in den hiesigen Integrationsbemühungen. Im Vorjahresvergleich ist die Arbeitslosigkeit bei Personen, die auf der Flucht vor Krieg zu uns gekommen sind, um über 16 Prozent gesunken. Die Zahl der neuen Asylbewerber ging um rund ein Drittel deutlich zurück und die Aufnahme von Ukrainern fand bei uns in NRW nur noch ausnahmsweise statt, da wir unsere Verpflichtungen übererfüllt hatten. Insgesamt können unsere Kommunen hier etwas aufatmen.

Und dennoch bereitet mir die Zukunft unserer Arbeitsplätze große Sorge. Es erreichen uns beinahe täglich Nachrichten über Stellenstreichungen und Unternehmensschließungen. Die Arbeitsagentur berichtet von einem Anstieg der Kurzarbeit und einer wachsenden konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit – Entwicklungen, die sich besonders deutlich im verarbeitenden Gewerbe niederschlagen.

III – Finanzen

Die wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst unsere Finanzen. Sie sind durch eine strukturelle, außergewöhnlich hohe Deckungslücke in Rekordhöhe negativ. Die Ursachen liegen in einer hohen Ausgabendynamik, die den Einnahmenezuwachs deutlich übersteigt. Insbesondere die Sozialleistungen – wie die Hilfen zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII, SGB-II-Kosten der Unterkunft, Hilfen zur Pflege, Eingliederungshilfe sowie Kinder- und Jugendhilfe – erweisen sich dauerhaft als wesentliche Kostentreiber. Diese Sozialaufgaben regelt der Bund, die Umsetzung erfolgt überwiegend durch Kreise, kreisfreie Städte und in NRW durch die Landschaftsverbände im Bereich der Eingliederungshilfe. Kommunale Steuerungsmöglichkeiten gibt es kaum. Eine auch nur annähernd vollständige Kostenerstattung gibt es ebenfalls nicht.

Wir brauchen grundlegende Reformen des Sozialsystems. Bürokratische Verfahren müssen vereinfacht und Standards hinterfragt werden. Was kann und soll noch bezahlt werden? Was soll die Solidargemeinschaft leisten und was gehört zur Eigenverantwortung jedes Einzelnen? Dabei dürfen keine Bereiche ausgeklammert werden.

Daneben belasten auch die stark gestiegenen Personalaufwendungen durch hohe Tarifabschlüsse bei den eigenen Beschäftigten, aber auch bei den Trägern, die im öffentlichen Auftrag die tatsächliche Leistung erbringen, die kommunalen Haushalte erheblich.

Positiv ist, dass die Kommunen durch das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2026 insgesamt 6,8% mehr Geld vom Land erhalten. Für unseren Kreishaushalt bedeutet dies mehr Schlüsselzuweisungen von 4,0 Mio. EURO auf insgesamt 70,1 Mio. Euro.

Der Entwurf des Haushalts ist dennoch durch einen erheblichen Mehrbedarf von 21,0 Mio. Euro gegenüber 2025 geprägt. Bei der Landschaftsumlage rechnen wir mit einer Erhöhung um 15,1 Mio. Euro auf dann 152,58 Mio. Euro und bei den Hilfen bei Pflegebedürftigkeit mit Mehraufwendungen von 5,76 Mio. Euro. Hinzu kommt: Der höhere Jahresfehlbetrag 2024 und die absehbar deutlich negative Haushaltsabwicklung 2025 lassen unsere Ausgleichsrücklage stärker auf unter 5 Mio. Euro am Jahresende 2025 abschmelzen. Weniger als 5 Mio. Euro Ausgleichsrücklage bei einem Haushaltsvolumen von rund 850 Mio. Euro bedeuten, unser Finanzpuffer ist faktisch aufgebraucht. Nun geht es nur noch an die Substanz!

Es gibt, Stichwort Landschaftsumlage, auch Positives: Aufgrund von Verbesserungen will der LWL eine Nachtragssatzung für 2026 verabschieden. Der Hebesatz der Landschaftsumlage soll um 0,65 Prozentpunkte auf 17,8 Prozent gesenkt werden. Folgt die Landschaftsversammlung diesem Vorschlag, werden wir die Verbesserungen eins zu eins weitergeben. Der Kreistag kann darüber beim Haushaltsabschluss beschließen.

Ich begrüße die vom Land beschlossene Verteilung des schuldenfinanzierten sog. „Sondervermögens des Bundes“. Das Land leitet zwar zu wenig, allerdings aber immerhin 12,7 Milliarden Euro an die Kommunen weiter. Der Investitionsschwerpunkt liegt im Bereich Bildung und Betreuung. Das Geld soll für Kitas, Schulen und den Ganztags verwendet werden. Wir als Kreis sollen über einen Zeitraum von 12 Jahren rund 42,6 Mio. Euro aus den Mitteln erhalten und steigen nun mit Nachdruck in die Verwendungsplanung ein.

Investive Mittel sind aber keine Lösung für die nicht ausreichend finanzierten kommunalen Grundlasten. Wenn unsere chronische Unterfinanzierung nicht aufgelöst wird, droht den Kommunen der Kollaps! Die durch den Bund veranlassten Sozialausgaben sind seit Jahren die Achillesferse der kommunalen Haushalte. Bund und Land weisen den Kommunen immer mehr Aufgaben zu, ohne diese ausreichend zu finanzieren. Allein die Nettoausgaben der Eingliederungshilfe sind zwischen 2018 und 2024 um knapp 40 Prozent gestiegen. Die Jugendhilfeaufwendungen haben sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt.

Apropos Jugendhilfe: Auch bei unserem Kreisjugendamt steigen die Anforderungen stetig. Deshalb optimieren wir die Arbeit durch die Zusammenfassung der bislang drei Nebenstellen auf dem neuen Gesundheitscampus Stadtlohn. Der Umzug ist für Januar geplant.

Die finanzielle Entwicklung ist also auch bei uns trotz günstiger sozialer und wirtschaftlicher Bedingungen kritisch. Vor diesem Hintergrund planen wir unseren Haushalt 2026 erneut restriktiv und risikoorientiert. Wir wollen die Kreisumlage niedrig halten. Nur so behalten unsere Kommunen weiterhin den Spielraum für die Gestaltung vor Ort.

Der Entwurf des Haushalts 2026 wird mit einer Zahllast in Höhe von 230,24 Mio. Euro (2025: 200,05 Mio. Euro) und dadurch mit einem Umlage-Hebesatz von 30,4 Prozent (2025: 28,5 Prozent) geplant. Das wird trotz der angespannten Lage erneut die niedrigste Umlage in NRW sein. Zur Erinnerung: Wir haben seit 2012 die niedrigste Umlage in NRW!

Für die Jugendamtsumlage 2026 wird ein Finanzierungsbedarf von 86,37 Mio. Euro (2025: 81,03 Mio. Euro) erwartet, so dass von einem Hebesatz von 25,5 Prozent (2025: 26,3 Prozent) auszugehen ist. Kostentreiber des Jugendhilfebudgets wie im Bundestrend sind die Entwicklungen bei den Hilfen zur Erziehung sowie die Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf Kindertagesbetreuung.

IV – Handlungsfelder

Folgende Leitlinien bestimmen unser Vorgehen bei der Aufstellung des Kreishaushaltes 2026:

1. Eine bewusst risikoorientierte Ansatzplanung insbesondere bei der Hilfe zur Pflege, bei Bildung und Teilhabe, beim ÖPNV (Stichwort Deutschlandticket) sowie im Rettungsdienst
2. Der Rest der Ausgleichsrücklage soll in der Planung unangetastet bleiben, um einen etwaigen höheren Jahresfehlbetrag 2025 auszugleichen und um unterjährig durch die zahlreichen Unsicherheiten und die risikoorientierte Ansatzgestaltung möglicherweise auftretenden Mehrbelastungen während der Haushaltsabwicklung 2026 wenigstens in Teilen begegnen zu können.

An dieser Stelle sei erwähnt: Unsere Politik war es immer, unsere Städte und Gemeinden zu entlasten. Das hat gut funktioniert, wie ein Blick auf die kommunalen Haushalte zeigt. Es zeichnen sich in unseren Kommunen auch 2025 deutliche Verbesserungen gegenüber den Planzahlen ab.

3. Neu beantragte Stellen unterliegen einer strengen organisatorischen und aufgabenkritischen Betrachtung. Sie werden nur eingerichtet, wenn sie sich als unabwendbar, wirtschaftlich und zielführend erweisen. Verändern sich Aufgaben, bauen wir Stellen ab. 2026 kommt es darum zu einer Reduzierung von 2,83 Stellen.

Trotz der enormen finanziellen Herausforderungen wollen wir im kommenden Jahr wieder investieren. Unser „Kompass 2035“ dient uns dabei als wichtige Orientierung.

Wir wollen ein **attraktiver Wirtschaftsstandort** bleiben. Dafür sind unverändert die Bereiche Digitalisierung, KI und Infrastruktur, das Gründungsgeschehen sowie die Stärkung der Innovationskraft von großer Bedeutung.

Wir haben deshalb massiv in die digitale Infrastruktur investiert. Der **Glasfaserausbau** geht kontinuierlich voran. Durch eigenwirtschaftlichen und geförderten Ausbau schaffen wir optimale Rahmenbedingungen für eine flächendeckende, leistungsfähige digitale Infrastruktur. Rund 2.300 Haushalte in 14 Kommunen erhalten jetzt noch – koordiniert von unserer WFG – einen kostenlosen Anschluss ans schnelle Glasfasernetz. Unser Kreis ist damit nahezu flächendeckend mit Breitband versorgt. Wir bleiben am Ball, damit der Rest zeitnah folgt.

Auch ein flächendeckendes und stabiles **Mobilfunknetz** ist von großer Bedeutung. In oft mühevoller Abstimmung mit den Mobilfunkanbietern und Netzbetreibern haben wir weitere Verbesserungen in der Mobilfunkversorgung erreicht. Sinnbildlich dafür steht der jetzt wohl größte Funkmast im Kreis in Stadtlohn-Büren mitten im Wald.

Ein wichtiger sozialer Aspekt ist der **Wohnungsbau**. Hohe Zinsen und steigende Baupreise zerstören vielerorts den Traum vom Eigenheim. Trotzdem gibt es Lichtblicke. Unternehmen wie die „Wohnbau Westmünsterland“ als genossenschaftliche Unternehmensgruppe tragen mit vielen Bauaktivitäten aktiv zur Reduzierung der Wohnungsknappheit bei. Wir sind froh, dass über 64 Millionen Euro Wohnbaufördermittel des Landes durch unsere Verwaltung ausgekehrt werden konnten. Fast 300 Wohneinheiten konnten dadurch neu errichtet werden.

Unsere **größten Bauprojekte** bleiben auch im kommenden Jahr der Neubau am Campus Ahaus als Ersatz für den Standort des Lise-Meitner-Berufskollegs Stadtlohn und die Sanierung des Berufskollegs Bocholt-West.

Die umfangreichen **Sanierungsarbeiten hier im Kreishaus** gehen weiter. Aktuell werden die ehemaligen Räume des Gesundheitsamtes für die Ausländerbehörde umgebaut. Die Sanierungsarbeiten wesentlicher Teile der Gebäudetechnik sollen 2026 abgeschlossen werden. Mitte 2026 soll mit der Sanierung der Sitzungsbereiche begonnen und im Frühjahr 2027 abgeschlossen werden.

Wir investieren in unser **Straßen- und Radwegenetz**. Zuletzt haben wir den neuen Radweg an der K18 zwischen Ammeloe und Lünten eingeweiht. Ein Zwei-Millionen-Euro-Projekt, das einen wichtigen Lückenschluss schafft. Wir fördern die Entwicklung der **Fahrradmobilität** und machen uns für die Umsetzung des Veloroutenkonzeptes stark.

Eine gute Erreichbarkeit durch einen **verlässlichen ÖPNV** ist weiterhin unser erklärtes Ziel. Wir sind bereit, mit dem NWL eine Schnellbuslinie Vreden-Stadtlohn-Gescher-Coesfeld zu entwickeln, um die vom Land angeregte Erschließung schienenferner Kommunen an die Bahn zu verbessern. Wir müssen aber auch hier wie beim Deutschlandticket/Mobi-Ticket schauen, dass wir einen gangbaren Weg zwischen steigenden Kosten auf der einen und machbaren Unterstützungen auf der anderen Seite finden. Gespannt bin ich auf die Entscheidung des Kreistages über die Weiterführung des Baumwollexpresses im Frühjahr 2026.

2025 haben uns im Veterinärbereich **Seuchen** auf Trab gehalten. BHV-1, Geflügelpest oder die ASP hängen nach wie vor wie ein Damoklesschwert über unserer bäuerlichen Landwirtschaft. Ein Ausbruch hätte schwerste Folgen für die Tiere, die Betriebe und die Wirtschaft unseres Kreises. Umso wichtiger ist die weitere vertrauensvolle, enge Zusammenarbeit unserer Verwaltung mit der Landwirtschaft. An dieser Stelle möchte ich auch klar Stellung beziehen zu Übergriffen auf Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter unseres Kreises, egal, ob im Rettungsdienst, im Veterinäramt oder wo auch immer: Das ist ein „No-Go“ und wird konsequent zur Anzeige gebracht!

Auf Kurs sind wir bei der **Umsetzung unseres Klimaschutzkonzeptes** mit Aktivitäten wie den jährlichen Klimawochen, dem Klimapreis für Schulen, sowie öffentlichen Beratungs- und Unterstützungsangeboten zur Energieversorgung und zu Sanierungsfragen. Damit schaffen wir in enger Abstimmung mit unseren Kommunen und mit zahlreichen weiteren Akteuren gezielt Impulse für das heimische Handwerk. Auch beim Thema **Klimafolgenanpassung** kommen wir voran. So verläuft unser großes Interreg-Projekt DIWA zum Thema Trockenheit in der Grenzregion intensiv und positiv. Das größte, europaweit beachtete Projekt in unserem Kreis wird die Wiedervernässung im Bereich Amtsveen/Hündfelder Moor sein.

Investiert haben wir bewusst in den Ausbau der Erneuerbaren. Im März haben Sie der Erweiterung der **Photovoltaikanlage auf der Deponie Borken-Hoxfeld** um eine 13 MWp-Gesamtanlage zugestimmt. Zur Finanzierung der 9 MWp-Teilanlage (Anschaffungskosten von

ca. 4,15 Mio. Euro) hat der Kreistag beschlossen, der EGW ein Gesellschafterdarlehen in Höhe der Anschaffungskosten zu gewähren und dieses Darlehen durch einen Teilverkauf von RWE-Aktien zu finanzieren, sobald der Kurswert der Aktie über 35 Euro liegt. Dies ist geschehen. Über die weitere Verwendung der RWE – Dividende muss der Kreistag im Rahmen der Haushaltsberatung erneut beschließen.

Grundsätzlich gilt: Unser Kreis nimmt landesweit weiterhin eine **Vorreiterrolle in der Erzeugung von regenerativem Strom** ein. Bei uns wird mehr Strom durch Erneuerbare erzeugt, als wir verbrauchen. Vor allem in der Stromerzeugung durch Dachflächen-Photovoltaik und Biogas sind wir landesweit Spitzenreiter! Trotzdem sage ich sehr deutlich: Der Ausbau der Erneuerbaren stößt bald an seine Grenzen! Bei der **Windenergie** muss es weitere gesetzliche Korrekturen geben, um Wildwuchs zu verhindern. Der Ausbau muss geordnet geschehen und die verschiedenen Interessen vor Ort berücksichtigen. Ansonsten droht die Akzeptanz in der Bevölkerung verloren zu gehen.

Auch das Thema Sicherheit wird bei uns großgeschrieben. Wir unterstützen das vom Bund angestoßene Vorhaben zum **Bevölkerungsschutz** auf Basis des „Operationsplan Deutschland.“ Angesichts der veränderten Sicherheitslage ist ein enges Zusammenarbeiten mit den Hilfsorganisationen und allen Beteiligten entscheidend. Für den Katastrophenschutz müssen wir in der Lage sein, Notunterkünfte einzurichten. Dafür stellen wir 330.000 Euro im Jahr 2026 bereit.

Wir haben ebenso ein **einheitliches Lageführungssystem** angeschafft. Das System wird aktuell in den Feuerwehren der kreisangehörigen Kommunen ausgerollt. Am Ende trägt es dazu bei, dass sowohl die kommunalen Stäbe als auch der Krisenstab des Kreises eine gemeinsame Schadenslage bestmöglich abarbeiten können. Ähnliches gilt für das **Projekt seconds** in der Kreisleitstelle. Mit Hilfe von KI sollen Rettungsmittel effektiver eingesetzt werden. Dadurch verbessern sich die Hilfsfristen.

Im Übrigen investieren wir stets eine Menge Geld, um unsere IT-Struktur zu verbessern und unsere Verwaltung vor Cyber-Angriffen zu schützen. Sollten wir Opfer eines Hacker-Angriffs werden, setzen wir mittels unseres Notfallmanagements (BCM) alles daran, in kürzester Zeit wieder handlungsfähig zu werden.

V – Ausblick und Schluss

Meine Damen und Herren, „Maß halten“ – das ist unsere Maxime beim Entwurf des Kreishaushaltes 2026. Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten kommt es darauf an, maßvoll zu handeln und unsere Ressourcen verantwortungsvoll einzusetzen, das Notwendige entschlossen anzupacken und zugleich die Projekte voranzubringen, die unseren Kreis nachhaltig stärken und in die Zukunft führen. Dabei sollten wir uns bewusst sein, dass das Miteinander ganz wichtig ist. Das gilt für uns hier im Kreistag. Das gilt aber auch im Zusammenspiel mit den vielen verschiedenen Akteuren hier in der Region. Mit unseren Städten und Gemeinden. Mit der EUREGIO als Bindeglied hier im deutsch-niederländischen Grenzraum. Mit unserer WFG als Ansprechpartner für die Unternehmen. Und mit dem Münsterland e.V., der eine immens wichtige Rolle übernimmt, wenn es darum geht, als Region Münsterland aufzutreten. Nur als starkes Team können wir uns im Wettbewerb mit dem Umland langfristig behaupten.

Für die nun beginnenden Haushaltsberatungen wünsche ich Ihnen ein sicheres Gespür für das richtige Maß. Als hilfreiche Orientierung können dabei – im wörtlichen wie im übertragenen Sinne – die ausgelegten Maßbänder dienen.

Zum Abschluss meiner Rede gilt mein Dank allen meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die bei der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs mitgewirkt haben. Mein Dank gilt darüber hinaus auch Ihnen für Ihre engagierte Arbeit im Kreistag und den verschiedenen Gremien.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Advents- und Weihnachtszeit sowie für das kommende Jahr 2026 alles Gute.